

A K T E N N O T I Z

9/9

über die Besprechung vom 18. Januar 1979 betreffend Aufnahme  
weiterer Vietnam-Flüchtlinge

---

Teilnehmer: Bundesrat K. Furgler, Direktor O. Schürch, Dr. H. Schär, Ph. Chapatte;  
Pfarrer H. Schaffert, Zentralsekretär des Hilfswerkes der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS), Zürich;  
F. Kissling, Direktor der Caritas Schweiz, Luzern;  
A. Wenger, Abteilungsleiter beim Schweizerischen Roten Kreuz, Bern.

Bundesrat Furgler heisst die Delegation der Hilfswerke willkommen. Es soll auf deren Wunsch die Frage besprochen werden, ob noch eine grössere Zahl von Vietnam-Flüchtlingen in der Schweiz aufgenommen werden soll. Jedenfalls könnte eine "Blitzaktion", wie sie im Dezember 1978 erfolgte, nicht mehr wiederholt werden, ansonst der Vorsteher des EJPD seine Glaubwürdigkeit gegenüber der Regierung und dem Volk einbüssen würde. Kontingentslösungen sind abzulehnen und kommen nur im äussersten Notfall in Frage. Der Flüchtlingshochkommissar Herr Poul Hartling hat dem Departementschef per Telegramm für die grosszügige und rasche Hilfe gedankt.

Pfarrer Schaffert dankt seinerseits für den raschen Entscheid des Bundesrates. Die Aktion hat in der Bevölkerung ein positives Echo gefunden. Ohne grosse Publizität haben Caritas und HEKS innert Monatsfrist zusätzliche Spenden von 1 Mio. Franken bekommen. Nur vereinzelte Stimmen haben gegen die Aktion protestiert. Die

beiden Hilfswerke haben genügend Dolmetscher, Deutschlehrer und Betreuer gefunden. Es haben sich keine grösseren Probleme ergeben. Für die Aufnahme weiterer Vietnam-Flüchtlinge stellt sich die Frage nach dem psychologisch, taktisch und innenpolitisch richtigen Vorgehen.

Das Schweizerische Arbeiter-Hilfswerk wurde ausdrücklich gefragt, ob es in Zukunft mitmachen wolle. Es hat dies verneint, und zwar nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil es personell und finanziell nicht über die nötige Kapazität verfügt. Es wäre bereit, wenn nötig sein Heim in Trogen mit 30 bis 40 Plätzen zur Unterbringung einer Gruppe von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Auch mit dem Schweizerischen Roten Kreuz haben Vorbesprechungen stattgefunden.

Angesichts der grossen Zahl von Flüchtlingen im südostasiatischen Raum (wiederum warten auf zwei grossen Schiffen je über 3'000 Personen auf ihr weiteres Schicksal), ist unsere Verantwortung aus menschlicher und christlicher Sicht engagiert. Mit den 4 Mio. Franken, die die Schweiz für die Aufnahme von 300 Flüchtlingen ausgibt, könnte zwar an Ort und Stelle einer viel grösseren Zahl von Menschen geholfen werden. Trotzdem und obschon die Grenzen unserer Aufnahmemöglichkeiten nicht zu übersehen sind, müssen wir weitere Flüchtlinge in die Schweiz kommen lassen.

Direktor Kissling weist auf die offenen Kriterien hin, nach denen die Flüchtlinge der Sonderaktion "300" ausgewählt wurden. Fast jede Familie bedeutet eine besondere Soziallast.

Die Lage der Flüchtlinge auf dem Schiff Huey Phong vor Hongkong ist besonders schwierig, da keine Landeerlaubnis erteilt wird. Caritas Hongkong hat an die anglikanischen und katholischen Hilfswerke appelliert, Aufnahmezusicherungen für diese Flücht-

linge zu erwirken, damit die Regierung von Hongkong sie provisorisch aufnimmt. (Inzwischen konnten die Insassen der "Huey Phong" an Land gehen. Der Protokollführer)

In Thailand scheint sich eine neue Situation zu ergeben, da ein offizielles Ansiedlungsprogramm beschlossen wurde. Es sieht vor, dass sowohl Flüchtlingen wie auch der einheimischen Bevölkerung Land zum Bebauen zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz stellt die drittbeste Lösung dar. Die Hilfswerke haben viele Hilfsangebote erhalten. Die Schulungskurse für Betreuergruppen haben angefangen. Der Projektleiter glaubt, ohne Schwierigkeit Betreuer für neue Gruppen zu finden, die möglichst bald sollten eintreffen können.

Herr Wenger bestätigt, dass sich Eingliederungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Thailand bieten, wo sich die Lage stark stabilisiert hat. Das SRK beteiligt sich an solchen Programmen zusammen mit dem Bund und dem HEKS.

Bundesrat Furgler legt anhand des von der Polizeiabteilung erstellten Arbeitspapiers vom 17. Januar 1979 im Detail dar, welche Tatsachen und Ueberlegungen bei der Prüfung des Gesuches um Aufnahme einer grösseren Zahl von Vietnam-Flüchtlingen massgebend sind.

Grundsätzlich muss die ganze Aktion im Rahmen der aussenpolitischen Ereignisse (z.B. Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha) und der weltweiten Konfrontation der Grossmächte beurteilt werden. Wir dürfen uns nicht durch fremde Einflüsse treiben lassen, immer wieder neue Flüchtlingsgruppen aufzunehmen. So wird das Problem nicht gelöst. Es muss international eine neue Strategie entwickelt werden, beispielsweise im Kreise der UNO oder des Europarates. Es ist nötig, dass sich eine grössere Zahl von Partnern zusammen-

schliesst. Wir werden demnächst die Angelegenheit mit Herrn Hochkommissar Hartling besprechen. Nach jüngsten Erklärungen des australischen Einwanderungsministers soll kein Zweifel darüber bestehen, dass der Exodus von der vietnamesischen Regierung nicht nur toleriert, sondern auch gefördert wird, die sich dabei sogar bereichert. Dies bewirkt, dass wiederum vor allem reiche Leute flüchten können, was in unserer Flüchtlingspolitik eine sehr wichtige Frage aufwirft. Nochmals muss betont werden, dass die Ansiedlung "sur place" und in der Region besser ist. Trotzdem geht die Aufnahme von Vietnam-Flüchtlingen weiter. Nach dem schon seit längerer Zeit feststehenden Plan sollen im Laufe dieses Jahres im Rahmen der ordentlichen Gruppen - die nächste wird auf anfangs März erwartet - bis Ende dieses Jahres mindestens 200 Personen einreisen. Dazu dürften noch viele Familienzusammenführungsfälle zu berücksichtigen sein.

Pfarrer Schaffert anerkennt, dass nicht nur das Herz, das im Bundesrat und in der Verwaltung ebenfalls mitspricht, sondern auch der Verstand das Vorgehen bestimmen muss. Die Schaffung von Asylregionen, die den Flüchtlingen ermöglichen, im gleichen kulturellen Kreis zu bleiben, ist zu befürworten. Regionale Lösungen sind jedoch nicht nur im fernen Osten zu suchen.

Direktor Kissling ist auch überzeugt, dass neue Strategien nötig sind, dass jedoch eine Sonderkonferenz kaum zu sofortigen Resultaten käme. Inzwischen leben aber tausende von Menschen in äusserster Not auf Schiffen, die sie nicht verlassen können. Vom Standpunkt des Hilfswerkes aus wird eine zurückhaltende Aufnahmepraxis nicht verstanden.

Bundesrat Furgler gibt zu bedenken, dass im Interesse einer mittel- und langfristigen Asylpolitik die Regierung vor dem Volk glaubwürdig bleiben muss. Es darf nicht der Anschein er-

weckt werden, sie treibe Salamtaktik. Die Schweiz will weiter helfen, aber nicht in Form von Sonderkontingenten. Bundesrat Furgler ersucht Herrn Kissling, die Angelegenheit betreffend Flüchtlinge in und vor Hongkong schriftlich zu unterbreiten.

Pfarrer Schaffert regt an, die ordentlichen Gruppen etwas zu erhöhen.

Direktor Schürch legt dar, dass die Aufnahmekapazität des Heimes Altstätten/SG begrenzt sei und fragt, ob die Hilfswerke in der Lage wären, bei Vergrösserung der ordentlichen Gruppen einen Teil der einreisenden Flüchtlinge bis zur Eingliederung, d.h. für ca. zwei Monate, kollektiv unterzubringen (was Pfarrer Schaffert grundsätzlich bejaht). Bei der Prüfung der Frage, ob eine weitere grössere Zahl von Vietnamesen aufgenommen werden soll, muss auch an die verschiedenen andern grossen Flüchtlingsgruppen in der Welt - zum Beispiel Eriträer - gedacht werden, für welche auch ähnliche Begehren gestellt werden könnten.

Herr Wenger weist auch auf die Lage der laotischen Flüchtlinge wie auch ganz allgemein auf die Flüchtlinge in vielen Asylländern der dritten Welt hin. Auch das Hochkommissariat sollte auf längere Sicht planen können. Heute ist Planung auf drei bis sechs Monate beschränkt. Das HCR leistet viel, aber zum grossen Teil ziellos. Die Gelder könnten mit grösserem Nutzeffekt verteilt werden, wenn die Entwicklungsländer vermehrt zu eigenen Beiträgen herangezogen werden könnten.

Bundesrat Furgler unterstreicht nochmals, dass die weltweiten Probleme namentlich im Flüchtlingswesen eine aktive Partnerschaft der Schweiz verlangen. Im Alleingang kann sie kein Problem lösen. Ferner darf keinesfalls die Meinung aufkommen, dass ein Staat seine nicht genehmen Bürger einfach wegschicken

kann in der Erwartung, dass sich die internationale Gemeinschaft um sie kümmern werde. Sonst könnten andere Staaten versucht sein, das Beispiel Vietnam nachzuahmen.

Zum Schluss muss nochmals hervorgehoben werden, dass die Hilfe der Schweiz nicht abgeschlossen ist, sondern im Rahmen der ständigen Asylpraxis weitergeführt wird. Aus den bereits angeführten Gründen kann es heute nicht darum gehen, eine neue Sonderaktion in Erwägung zu ziehen. Vorher müssen jedenfalls die Grundsatzfragen in einem breiteren Rahmen, d.h. auf internationalem Boden, geklärt werden.

EIDGENÖSSISCHE POLIZEIABTEILUNG

